

Hinter dem Bug

Zur polnischen Sicht auf die Ukrainekrise

Holger Politt

Polen, Ukraine, EU, NATO

Polens Sicht auf die Ukrainekrise ist von dessen geopolitischer Lage geprägt. Als Teil der EU und NATO grenzt das Land unmittelbar an die Krisenregion. Sowohl die Parteien als auch die öffentliche Meinung in Polen verteidigen übereinstimmend die territoriale Integrität der Ukraine und halten deren staatliche Unabhängigkeit für einen unentbehrlichen Faktor der politischen Ordnung in Europa. Vor allem die Frage nach den künftigen Möglichkeiten einer weiteren Ostausdehnung der EU steht daher aus Warschauer Sicht auf der Agenda.

In Polen geht in der aktuellen Ukrainedebatte kaum ein Riss durch die einzelnen Parteien. Deren Meinungsbild deckt sich mit der öffentlichen Stimmung, die entschieden die territoriale Integrität des Nachbarlandes verteidigt und dessen staatliche Unabhängigkeit für einen unentbehrlichen Faktor der heutigen politischen Ordnung in Europa hält. Dementsprechend wird das Vorgehen Russlands gegen die Ukraine scharf verurteilt. Eine Diskussion, ob die Interessen gegenüber Russland nicht wichtiger seien, wird nicht geführt. Alle Versuche, die Abtrennung der Krim und deren Anschluss an Russland letztlich hinzunehmen bzw. plausibel zu machen, werden in Polens Öffentlichkeit als Kuhhandel abgelehnt. Allerdings sind sich die meisten bewusst, dass die Entschiedenheit Polens in der aktuellen Ukrainefrage das ohnehin fragile bilaterale Verhältnis zu Russland zusätzlich belasten könnte. Dabei wird eine Frage berührt, die den Kern der polnischen Ostpolitik ausmacht, denn natürlich soll aus Sicht einer großen Mehrheit in Polen die gesamte Ukraine dereinst in den Hafen der Europäischen Union einlaufen.

Als vor fast genau zehn Jahren die EU mit der sogenannten Osterweiterung bis an den Bug sich vorschob, verwiesen polnische Politiker verschiedener Couleur gerne darauf, dass die EU-Osterweiterung erst abgeschlossen sei, wenn sich schließlich auch Belarus und die Ukraine in der europäischen Gemeinschaft



Dr. Holger Politt,
geb. 1958, Autor und
Übersetzer, Warschau.
holger.politt@gmx.de

befänden. Diese Argumentation war wenig ausgereift. Sie folgte eher historischen Linien, die der territorialen Ausdehnung der einstigen polnisch-litauischen Adelsrepublik entsprachen, denen also andere nur schwer folgen konnten. Zunächst schien ohnehin der 2004 vollzogene gewaltige Erweiterungsschritt vielen Altmitgliedsländern noch ein großes Wagnis zu sein, dessen erfolgreicher Ausgang längst nicht absehbar sei.

Beitrittsperspektive osteuropäischer Länder

Im Laufe der nunmehr zehnjährigen EU-Mitgliedschaft hat sich in Polen die Überzeugung der Notwendigkeit einer Beitrittsperspektive weiterer osteuropäischer Länder verfestigt. Sie hat sich auch von der einseitigen Bindung an die für das aktuelle politische Geschäft weniger wichtigen historischen Linien emanzipiert. Polens Außenpolitik setzt sich gegenüber den andern EU-Mitgliedsländern geduldig dafür ein, den Ländern hinter dem Bug prinzipiell eine Beitrittsperspektive offenzuhalten. Von entscheidender Bedeutung für die Außenpolitik Polens wurden dabei mit Georgien und der Ukraine jene beiden Länder, in denen sich zeitweise Kräfte durchsetzen konnten, die selbst eine EU- und NATO-Mitgliedschaft für möglich und erstrebenswert hielten. Andere Länder spielen da keine vergleichbare Rolle, wobei Belarus aus Warschauer Sicht eine Sonderrolle zukommt, geht man doch davon aus, dass das Land nach der Lukaschenko-Ära schnell zu einem EU-orientierten Kurs finden könnte.

Zu jenem Zeitpunkt, als man in Polen bereits von einer über den Bug hinausgehenden EU zu träumen begann, übernahm in Russland mit Wladimir Putin ein Mann die politische Macht, der die Entwicklungen in Osteuropa seit Auflösung der Sowjetunion Ende 1991 anders interpretierte. Er nannte die Auflösung der Union einen Zusammenbruch und bezeichnete den als die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Gewiss aus nicht russischer Sicht eine Übertreibung, denn die Sowjetunion ist ja nicht von außen überrannt worden, sondern zusammengefallen wie ein Kartenhaus, sodass schließlich nur noch ihre einzelnen Teile übrig blieben. Je nach politischem Standpunkt mag man das bedauern oder begrüßen, doch ändert es wenig an der Tatsache, dass die Sowjetunion sich augenscheinlich überlebt hatte. Aus großrussischer Perspektive indes interpretieren sich diese Vorgänge als Katastrophe,

weil man sich territorial um Jahrzehnte, ja um Jahrhunderte zurückgeworfen sieht und Millionen Russen plötzlich in anderen Staaten beheimatet sind.

Moskaus Wahrnehmung der EU-Ausdehnung

Bereits das Vordringen der EU an den Bug erscheint so im Lichte von Eroberung, Anschluss und Vereinnahmung, ganz so, als sei der komplizierte Prozess der auch territorial voranschreitenden europäischen Integration in erster Linie ein aggressiver Akt des EU-Imperialismus, wohingegen die starken Integrationspotenziale in den Gesellschaften der betreffenden Länder kaum eine Rolle spielen sollen. Ein krudes Bild, das verstärkt wurde durch den Hinweis, alle neuen EU-Länder aus dem ehemaligen sowjetischen Machtbereich seien vor dem Beitritt gezwungenermaßen der NATO beigetreten. Zumindest für den polnischen Fall ist nichts falscher.

In diesen Jahren der EU-Osterweiterung bildete sich auf der anderen Seite des Bugs eine andere Integrationsperspektive aus, die ihre machtpolitischen Muster im starken Maße aus der russischen und sowjetischen Vergangenheit zu schöpfen suchte, ohne genügend zu berücksichtigen, dass beide Konzepte sang- und klanglos gescheitert waren. Die in Moskau definierte Einflussgrenze liegt in westlicher Richtung am Bug. Eine Grenze also, an der sich nun zwei grundsätzlich unterschiedene außenpolitische Konzeptionen gegenüberstehen. Für Warschau kann über den Fluss eine Brücke geschlagen werden bis Minsk und bis Kiew, um die EU-Beitrittsperspektive grundsätzlich offenzuhalten. Gebremst wird dieses Begehren aber durch einige Faktoren, von denen die weit stärkere Skepsis bei den meisten anderen EU-Mitgliedern sowie die Einbindung Polens in das EU-Gesamtgefüge nicht die unwichtigsten sind. Aus Sicht Moskaus darf die EU indes keinen Schritt über den Bug machen, weil im Gefolge die NATO ihren Einfluss sofort voranzutreiben suche.

Ein erster scharfer Konflikt wurde nicht am Bug, sondern im fernerer Kaukasus ausgefochten. Im Sommer 2008 kam es zu einem kurzen, aber heftigen Waffengang zwischen Russland und Georgien, in dessen Folge Russland die beiden auf georgischem Staatsgebiet liegenden Gebiete Abchasien und Südossetien zu unabhängigen Staaten erklärte, was für Russland aber ohne gravierende Folgen blieb. Um die NATO-Anwartschaft



Weiterlesen:

J. M. Pepe,
Die Gasversorgung Europas:
Das Dreieck
EU-Russland-Ukraine
Horizonte 21 Band 3

zu untermauern, hatte Georgiens damaliger Staatspräsident Saakaschwili zunächst versucht, mit militärischen Mitteln die Souveränität Georgiens über die beiden seit den 1990er Jahren abtrünnigen Gebiete an der Grenze zu Russland wieder herzustellen, wurde dann aber entschieden zurückgeschlagen mit dem bekannten Ergebnis. Eine NATO-Mitgliedschaft Georgiens rückte in weite Ferne.

Nach den Vorfällen in Georgien wurde noch Ende 2008 durch den Europäischen Rat das Programm der Östlichen Partnerschaft gebilligt, das wesentlich durch Initiative der Außenminister Carl Bildt aus Schweden und Radosław Sikorski aus Polen entstanden ist. Die Östliche Partnerschaft bezieht sich auf die unmittelbaren Nachbarländer Belarus, Ukraine und Moldau sowie auf die Länder im südlichen Kaukasus Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Die Frage eines EU-Beitritts wird in dem Programm nicht thematisiert, es geht vordergründig um Unterstützung der Reformen auf dem Weg zu demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaften. Polens Außenpolitiker halten allerdings die Beitrittsperspektive, so entsprechende Mehrheiten in den Ländern es wollten, für nicht ausgeschlossen. Anders gesagt, sie sehen in dem Programm, dem sich ja alle EU-Mitgliedsländer verpflichtet haben, eine willkommene Möglichkeit, der Perspektive der EU-Mitgliedschaft insbesondere von Ukraine und Belarus näherzukommen.

Anders wird dieses Programm aus Moskauer Sicht bewertet. Es gehe der EU vielmehr darum, weiteren Einfluss in unmittelbarer Nachbarschaft zu Russland zu gewinnen, wodurch Sicherheitsinteressen berührt würden, weshalb die innenpolitische Situation in allen diesen Ländern für Moskau eine zusätzliche strategische Bedeutung bekomme. Zum schwierigsten und wichtigsten Fall wurde die Ukraine, die um jeden Preis in der eigenen Interessenssphäre gehalten werden sollte. Das vorbereitete Assoziationsabkommen mit der EU, das die Ukraine Ende 2013 in Vilnius unterschreiben wollte, wurde in letzter Minute gestoppt. Die folgenden Auseinandersetzungen in der Ukraine eskalierten rasch, führten schließlich im Februar 2014 zu Entwicklungen, durch die sich Russland veranlasst sah, ähnlich einzugreifen wie 2008 in Georgien, diesmal allerdings mit der unverhüllten Absicht, sich direkt fremdes Staatsterritorium einzuverleiben, nicht mehr neue Staatswesen in die Welt zu setzen, die außer Moskau ohnehin niemand anerkennen kann.

Die neue politische Agenda

Unabhängig von der Bewertung des Vorgehens der Putin-Regierung stellen sich Fragen, die in den kommenden Monaten die politische Welt beschäftigen werden. An vorderster Stelle betrifft das die Frage nach der Möglichkeit einer weiteren Ostausdehnung der EU. Die Differenzen zwischen den EU-Mitgliedsländern werden bei deren Beantwortung eine große Rolle spielen. Nur Polen, Litauen, Lettland und Estland dürften ohne Vorbehalte dafür sein. Auch deshalb ist Polen seit einiger Zeit bemüht, Deutschland stärker an seine eigene Ostpolitik zu binden, wofür die Östliche Partnerschaft die geeignete Plattform zu sein scheint. Als Frank-Walter Steinmeier und Radosław Sikorski im Februar 2014 gemeinsam in Kiew den Stein ins Rollen brachten, der zur schnellen Flucht und anschließenden Amtsenthebung von Staatspräsident Viktor Janukowitsch führte, wurde das in Polen in diesem Sinne ausgelegt.

Eine andere Schlüsselfrage ist die Interessenssphäre Russlands. Wie weit geht sie, wer erkennt sie von den anderen und aus welchen Gründen an? Lässt sich ein solches hegemoniales Vorgehen gegenüber den aus der Konkursmasse der Sowjetunion hervorgegangenen Nachbarländern Russlands überhaupt aufrechterhalten? Was halten die Gesellschaften und Regierenden in den betreffenden Ländern selbst davon? Wenn in den vergangenen Monaten in Deutschland häufig gefordert wurde, Russland zu verstehen, ging es meistens um Akzeptanz dieser Interessenssphäre und darum, auch den Einsatz besonderer Mittel zu akzeptieren. Kaum wurde hingegen versucht, die Ukraine zu verstehen. Die aber ist seit bald 25 Jahren unabhängig, auch wenn aus dem Kreml nun immer öfter Stimmen zu hören sind, die das „Experiment“ Ukraine für gescheitert erklären. 🌐

Potsdamer Textbücher

PTB

PTB 15

Erhard Crome / Lutz Kleinwächter (Hrsg.)

Gemeinsame Europäische Sicherheit.

Konzepte für das 21. Jahrhundert

bestellung@welttrends.de

www.welttrends.de

ISBN 978-3-941880-51-1, 199 Seiten, 16,80 €